

Worben, 08. November 2016

Parolenfassung der SD-Geschäftsleitung vom 04. Oktober 2016 für die eidgenössischen Volksabstimmungen vom 27. November 2016:

Stimmfreigabe zur Volksinitiative „Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)“

Diese Initiative verlangt, dass die Schweiz bis ins Jahr 2029 aus der Kernenergie aussteigen soll. Die Kernkraftwerke Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg würden 2017 vom Netz genommen. Die Reaktoren Gösgen und Leibstadt müssten die Betreiber 2024 respektive 2029 stilllegen. Zum einen weist Beznau 1 als weltweit ältestes Atomkraftwerk gewisse Mängel auf, was im März 2015 zu dessen Abschaltung führte. Auch der Zustand des AKW Mühleberg hat das ENSI bereits kritisch überprüft. Die Produktion von Energie durch Kernspaltung ist im Allgemeinen unrentabel, zumal die hohen Versicherungskosten eine Amortisation der Infrastruktur beinahe verunmöglichen. Hinzu kommt die kaum lösbare Aufgabe einer Endlagerung der radioaktiven Abfälle. Zum anderen spielt die Versorgungssicherheit eine tragende Rolle. Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten beim Atomausstieg den Fahrplan des Bundesrates mit dem Endtermin 2034. Die Bereitstellung alternativer Energiequellen erfordert eine sorgfältige Planung und genügend Zeit. Die Stromproduzenten selbst planen ihre Zukunft ohne Atomenergie. Die SD anerkennen die Motivation des Anliegens. Dennoch sollte auf Schnellschüsse verzichtet werden, um stattdessen endlich die Förderung erneuerbarer Energien und Effizienzmassnahmen voranzutreiben. Die SD geben aus obgenannten Gründen keine Parole heraus und empfehlen Stimmfreigabe.

Kantonale Volksabstimmungen vom 27. November 2016:

Ja zur Volksinitiative „Spitalstandortinitiative“

Die Gesetzesinitiative will den Kanton Bern verpflichten, an den heutigen 14 Standorten ein Spital mit entsprechendem Leistungsangebot aufrechtzuerhalten. Sowohl die sechs Hauptstandorte als auch die acht regionalen Spitäler müssen eine umfassende Grundversorgung gewährleisten, wobei die ganzheitliche Notfallversorgung (rund um die Uhr) und die Gynäkologie/Geburtshilfe ebenfalls darin enthalten sind. Seit 1999 hat man zahlreiche Landspitäler mit ihren Notfallstationen geschlossen, sodass die geografische Verteilung der Standorte für einen Teil der ländlichen Bevölkerung zunehmend mit grossen Distanzen verbunden ist. Die Schliessung der Geburtenabteilungen in Riggisberg und Zweisimmen bestätigt diese Tendenz und unterstützt die Verschlechterung der Versorgungssicherheit. Die Gegner des Begehrens argumentieren mit steigenden Kosten, welche jedoch bereits mit der bisherigen Zentralisierungspolitik stetig zunahmen. Somit liegt der zu korrigierende Faktor in der verfehlten Strategie. Eine Grundaufgabe des Kantons stellen der Erhalt sowie die Entwicklung regionaler Strukturen dar, was auch die Sicherung von Arbeitsplätzen beinhaltet. Ansonsten droht der langfristige Zerfall solcher Randregionen. Letztlich ist die Situation bezüglich der Trägerschaften bei den Spitälern unbefriedigend. Eine Verstaatlichung dieser Aktiengesellschaften würde für mehr Transparenz sorgen. Die SD haben zu dieser Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident